



Ruben Gerczikow / Monty Ott

Antisemitismus als zunehmende Gefahr für jüdische Communities

Nicht nur von Rechtsextremen!

„Der Gestus, es solle alles vergessen und vergeben sein, der demjenigen anstünde, dem Unrecht widerfuhr, wird von den Parteigängern derer praktiziert, die es begingen.“

Theodor W. Adorno

„Erstmals Mehrheit für ‘Schlussstrich’ unter NS-Vergangenheit“ titelte das Magazin Stern am 29. April 2025. Die Schlagzeile nahm Bezug auf die an diesem Tag veröffentlichte „Gedenkanstoß MEMO-Studie“, die die Universität Bielefeld in Zusammenarbeit mit der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ) erstellt hat (Stiftung EVZ 2025). Ziel der Studie ist „die empirische Dokumentation der Erinnerungskultur“, und sie kommt zu beunruhigenden Ergebnissen: Eine relative Mehrheit der Befragten befürwortete demnach einen „Schlussstrich“, das Ende einer kritischen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. [1]

Es ist ganz offensichtlich etwas verrutscht in der Bundesrepublik Deutschland – vielleicht ist es eine Momentaufnahme, vielleicht befinden wir uns aber auch an einer Schwelle, an der langfristige Trends eine Kehrtwende deutlich machen. Die Forderungen nach einem Ende des vermeintlichen Interner Link: „Schuldultes“ [2] bieten der extremen Rechten einen Resonanzraum, in dem sie ihren Antisemitismus als Teil einer vermeintlich notwendigen Neuverhandlung der eigenen nationalen Identität inszenieren kann. Und diese Trends sind nicht allein auf die politischen Ränder begrenzt: Pauschale Angriffe auf die Erinnerungskultur kommen derzeit aus ganz unterschiedlichen politischen Lagern, sie werden von der extremen Rechten befeuert, aber auch von Islamisten und antiimperialistischen Linken, die den islamistischen Terror der Hamas vom 7. Oktober 2023, apologetisch verteidigen.

In diesem Essay wollen wir uns vor allem mit der extremen Rechten und den damit zusammenhängenden (digitalen) Auswirkungen auf jüdische Communities sowie der demgegenüber stattfindenden Selbstermächtigung von Jüdinnen und Juden beschäftigen.

Zur Bedeutung von Antisemitismus in Weltbild und Kommunikation der extremen Rechten

In Deutschland kann man die Entwicklungen der extremen Rechten nur beschreiben, wenn man sich auch mit Antisemitismus beschäftigt. Der Antisemitismus war der Kitt der „Volksgemeinschaft“, er stand im Zentrum der nationalsozialistischen Ideologie, und die Shoah, so der Historiker Dan Diner, wurde wiederum zum „Kernereig-

nis des Nationalsozialismus“ (Diner 1988, S. 12). Es kann heute keine extreme Rechte in der postnazistischen Gesellschaft geben, in der der Antisemitismus nicht auch das Kernelement ihrer Ideologie darstellt.

Das hat gegenwarts-, aber auch vergangenheitsbezogene Gründe. Denn seit der Entwicklung des modernen Antisemitismus steht die Projektion des „Jüdischen“ beziehungsweise der „jüdischen Verschwörung“ für alle Aspekte und Entwicklungen der Moderne, die Antisemitinnen und Antisemiten ablehnen. Zugleich erklärt die extreme Rechte Glanz und Gloria der deutschen Nation aus der Vergangenheit. In der postnazistischen (und postkolonialen) Gesellschaft steht die extreme Rechte nun vor der geschichtspolitischen Herausforderung, das „Problem“ zu lösen, dass sich „nichts Positives, nichts Konstruktives aus Auschwitz ergibt“, wie der Antisemitismusforscher Samuel Salzborn (2020, S. 17) beschreibt. Die Präsenz von Jüdinnen und Juden wird zum Stachel im Fleisch für alle, die sich nach der Heilung der deutschen Nation sehnen. Antisemitismus sei daher auch zu begreifen als „der schmerzhafteste Ausdruck der Unwilligkeit und der Unfähigkeit, die eigene Vergangenheit als eine Vergangenheit der unerträglichen Verstörung aufzuarbeiten“, weshalb die Antwort der extremen Rechten auf dieses vermeintliche Problem eine „Gewalt der Erinnerungsverweigerung, eine Gewalt des Vergessens“ sei (ebd.). Es spielt der extremen Rechten in die Hände, dass die militärische Niederlage der Wehrmacht nicht zu einer Niederlage der nationalsozialistischen Ideologie in den Köpfen geführt hat. Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland blieben antisemitische Denkweisen und Stereotype erhalten. Offener und vulgärer Antisemitismus war zwar in der Öffentlichkeit weitestgehend tabuisiert, doch unter der Oberfläche lebte er ganz ungeniert fort.

Nun könnte man meinen, dass es dennoch eine Minderheit bleibt, die mit antisemitischem Gerede oder antisemitischen Positionen zu gewinnen ist. Es stimmt auch, dass es laut unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher Umfragen zwar stetig nur rund 20 Prozent der deutschen Gesellschaft waren und sind, die deutlich antisemitische Einstellungen hegen. Doch bedeutet dies im Umkehrschluss nicht, dass sich die verbliebene Mehrheit durch eine klare Abwehr des Antisemitismus auszeichne. Ganz im Gegenteil: In Deutschland ist der Irrglaube verbreitet, dass es eine erfolgreiche und von der breiten Bevölkerung getragene Auseinandersetzung mit der Geschichte und daher eine Art „Immunität“ ge-

genüber Antisemitismus gäbe („Erinnerungsweltmeister Deutschland“). Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Obwohl die (geschichts-)wissenschaftliche Forschung stetig neue Erkenntnisse über die nationalsozialistische Vergangenheit und über Antisemitismus liefert, trifft sie damit auf eine „historisch desorientierte [...] und weitgehend faktenresistente [...] deutsche [...] Bevölkerung“ (Salzborn 2020). Es gibt also keine Immunität, vielmehr hat das verbreitete Unwissen über antisemitische Denkstrukturen und Stereotypen zur Folge, dass diese oft und unbemerkt im Alltag reproduziert werden. Auf Kritik daran folgt oft pauschale Abwehr statt notwendiger Reflexion (Reisin 2022).

Das hat zur Folge, dass es, wenn die Shoah infrage gestellt oder in ihrem Ausmaß relativiert wird, oft am nötigen Widerspruch mangelt. Marina Chernivsky, Psychologin und Leiterin der Beratungsstelle OFEK, weist in ihrer Arbeit immer wieder auf die psychischen Folgen dieser antisemitischen Gewalt hin. In Bezug auf transgenerationale Trauma sagt sie: „Zeitlich gesehen ist der Nationalsozialismus ein relativ kurzer Abschnitt. Biographisch betrachtet hat dieser historische Zeitraum Folgen und Spuren hinterlassen, die am Körper, in der Psyche und im Gedächtnis der Nachkommen bis heute nachwirken“ (Chernivsky 2016, S. 13f). Gerade für die Betroffenen kann mit der Relativierung, Negierung oder Glorifizierung eine ständige Retraumatisierung einhergehen.

Diese gesellschaftlichen Muster haben eine lange Vorgeschichte und begannen in Deutschland bereits kurz nach der militärischen Niederlage 1945 zu blühen. Gerade die späten 1950er-Jahre und die erste Hälfte der 1960er-Jahre waren geprägt von der Schändung jüdischer Friedhöfe und Synagogen sowie der Leugnung der Shoah. Der Sozialphilosoph Theodor W. Adorno bemerkte schon 1959:

„Wir alle kennen auch die Bereitschaft, heute das Geschehene zu leugnen oder zu verkleinern – so schwer es fällt zu begreifen, daß Menschen sich nicht des Arguments schämen, es seien doch höchstens nur fünf Millionen Juden und nicht sechs vergast worden. Irrational ist weiter die verbreitete Aufrechnung der Schuld, als ob Dresden Auschwitz abgegolten hätte. In der Aufstellung solcher Kalküle, der Eile, durch Gegenvorwürfe von der Selbstbesinnung sich zu dispensieren, liegt vorweg etwas Unmenschliches, und Kampfhandlungen im Krieg, deren Modell überdies Coventry und Rotterdam hieß, sind kaum vergleichbar mit der administrativen Ermordung von Millionen unschuldiger Menschen.“ (Theodor W. Adorno 1959)

Die Vorstellung, dass der Antisemitismus nur in der extremen Rechten, bei „Ewiggestrigen“ zu finden sei, kommt daher, dass viele Menschen Antisemitismus zuerst mit der „nationalsozialistischen Zustimmungsdiktatur“ (Bajohr 2005) verbinden. Er tritt in den öffentlichen Diskursen nur vermeintlich weniger sichtbar in Erscheinung als andere Ideologien der Ungleichheit, wie beispielsweise der offen artikulierten Rassismus gegen Menschen mit

einer Migrations- oder Fluchtgeschichte oder Queerfeindlichkeit – wobei, was auch oft ausgeblendet wird, dieser in manchen Fällen versteckt mit einem Angriff auf Jüdinnen und Juden verwoben ist. Denn queerfeindliche Botschaften werden mitunter mit antisemitischen Botschaften aufgeladen, wie der Verein *democ* und das Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) in ihrer Recherche „Rechtsextreme Mobilisierungen gegen CSDs“ im Sommer 2025 aufzeigt haben. Auf einem Motiv der an den Anti-CSD-Demos beteiligten Jungen Nationalisten (JN), der Jugendorganisation von „Die Heimat“ (ehemals NPD), stand beispielsweise „Familie, Heimat & Nation statt CSD & Perversion“. Die Schriftart der buntgefärbten Wörter „CSD & Perversion“ war dabei an das hebräische Alphabet angelehnt (vgl. CeMAS/democ 2025).

Ebenso diene der in der rechtsextremen Szene seit längerer Zeit verbreitete Slogan „Aus Anne wird Frank, das ist doch krank“ der JN zur Mobilisierung. Darunter abgebildet ist eine Familie bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, die von einem Schirm vor Regenbogenfarben geschützt werden. Die bewusste Verächtlichmachung der Erinnerung an die in der Shoah ermordete Anne Frank wird mit queerfeindlichen Ressentiments und antisemitischen Untertönen verknüpft. So befördert die extreme Rechte eine gesellschaftliche Kontroverse und unterlegt ihre Positionen dazu mit ihrem antisemitischen Weltbild.

Es geht dabei darum, klassische antisemitische Bilder von globaler, manipulativer Jüdischkeit [3] bis hin zu einem gesellschaftlichen Zerfall durch vermeintliche „Entartung“ und „Verweiblichung“ zu transportieren: Die Beispiele lassen sich so interpretieren, dass die betreffenden Neonazis LGBTIQ-Themen als Angriff auf vermeintlich natürliche Ordnungen, wie die heterosexuelle Kernfamilie, verstehen. Dieser vermeintliche Angriff wird imaginiert als von jüdischen Urheberinnen und Urhebern ausgehend – mit dem Ziel, die „natürliche Ordnung“ und damit das deutsche Volk zu schwächen.

Situation jüdischer Communities angesichts zunehmender rechtsextremer, antisemitischer Anfeindungen

„Wir Juden reden nicht gern darüber, so werden wir erzo-gen, und so geben wir es weiter an unsere Kinder. Über die ständige Bedrohung wird in den jüdischen Gemeinden nicht zu offen mit Außenstehenden gesprochen. Man möchte keine Nachahmer auf den Plan rufen, heißt es, wenn wieder wohlmeinende Journalisten abgewimmelt werden, oder einfach und ehrlich: Man wolle in der Öffentlichkeit nicht immer als Opfer dastehen. Wir klagen aber auch nicht viel über das, was dieses Problem so sehr vergrößert. Immer wieder habe ich das bei meinen Recherchen gehört: Bitte, wir wollen keine Probleme mit der Polizei und den Gerichten. Wir brauchen doch deren Hilfe. Ich glaube, das ist ein Fehler.“ (Ronen Steinke 2020, S. 7)

Der Journalist und Jurist Ronen Steinke beschreibt in seinem Buch „Terror gegen Juden“ die bedrohliche Si-



tuation, in der sich Jüdinnen und Juden in Deutschland befinden. Ihre Sicherheit liegt in den Händen des deutschen Staates, sprich der deutschen Polizei. Gleichzeitig wurde und wird Kritik an vielen Orten zurückhaltend formuliert, denn man ist ja auch von denjenigen abhängig, die man kritisiert. Angesichts dessen ist es besonders erschütternd, wenn Polizistinnen und Polizisten sich in Chat-Gruppen organisieren, in denen sie antisemitische, rassistische und Shoah-relativierende oder -glorifizierende Inhalte teilen. Gerade an diesen Gruppen wird deutlich, wie stark Jüdinnen und Juden von der zunehmend aufgeheizten gesellschaftlichen Stimmung und extrem rechten Anfeindungen betroffen sind. Es sind nicht allein extrem rechte Parteien in Parlamenten oder Bewegungen auf der Straße, sondern auch in der Exekutive kommt diese Entwicklung an. Eine Recherche von stern und RTL vom Mai 2025 zeigt auf, dass zum damaligen Zeitpunkt deutschlandweit gegen knapp 200 Polizeikräfte Disziplinarverfahren oder Ermittlungen wegen des Verdachts auf extrem rechte Gesinnung oder dem Glauben an Verschwörungserzählungen eingeleitet wurden. Seit 2020 sollen es mehr als 571 Disziplinarverfahren oder Ermittlungen gegen Polizeibeamtinnen und -beamten mit mutmaßlicher Nähe zur extremen Rechten oder Verschwörungsideologien gewesen sein (Holzapfel 2025). Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen. Auch wenn es sich im Verhältnis zur Gesamtzahl der in Deutschland tätigen Polizistinnen und Polizisten (über 300.000) um eine relativ kleine Gruppe handelt, stellen rechtsextreme Polizeikräfte aufgrund ihrer Ausbildung und ihres Zugangs zu Waffen eine besondere Gefahrenquelle dar.

Wie unterschiedlich hoch die Hürden und der Aufwand für eine Entfernung von Polizistinnen und Polizisten, die antisemitisch in Erscheinung getreten sind, aus dem Dienstverhältnis sind, zeigen die Fälle des Polizisten Michael R. aus München oder des Kriminalhauptkommissars Michael F. aus Hannover. Sie veranschaulichen aber auch, dass es sehr wohl auch Dienststellen gibt, die derlei politische Entwicklungen nicht einfach hinnehmen wollen. Die Polizei München scheiterte 2025 bei dem Versuch, R. mit einer Disziplinaranzeige aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte diesem Vorhaben einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Er entschied für den Polizisten, obwohl dieser jahrelang private Chatnachrichten mit antisemitischen, rassistischen und nationalsozialistischen Inhalten inklusive der

Forderung, Konzentrationslager wieder aufzubauen, versendet hatte. Ausgerechnet dieser Polizist war als Personenschützer sowohl für die Shoah-Überlebende und Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und

Oberbayern, Charlotte Knobloch, als auch für israelische Diplomaten und Diplomaten tätig. Das Gericht folgte R.s Argumentation, dass dieser lediglich frustriert über die Arbeit mit der damals 92-Jährigen gewesen sei. Knobloch zeigte sich „ratlos“. Antisemitismus sei überall zu finden, betonte sie, „aber bei denen, die Minderheiten schützen, sollte das nicht der Fall sein“ (SPIEGEL 2025).

Ein nicht minder schwerer Fall ereignete sich in Hannover. Dort war der Kriminalhauptkommissar Michael F. als Experte für Einbruchschutz auch für das Sicherheitskonzept der jüdischen Gemeinde in Hannover zuständig. Laut Rebecca Seidler, Vorsitzende des Landesverbands der Israelitischen Kultusgemeinden in Niedersachsen, war Michael F. nach dem rechtsterroristischen Anschlag in Halle und Wiedersdorf am 9. Oktober 2019 zunächst vom niedersächsischen Innenministerium mit der Sicherheitsplanung für die Liberale Jüdische Gemeinde beauftragt worden. Während der Corona-Pandemie war er auf Demonstrationen aus dem „Querdenken“-Milieu aufgetreten und kandidierte später für die verschwörungsideologische Partei „Die Basis“.

Der Polizeidirektion in Hannover gelang, woran die Polizei München scheiterte: Der Kriminalhauptkommissar, der sich auf der Plattform Telegram selbst gerne als „Schutzmann mit Herz und Hirn“ bezeichnete, wurde noch 2022 aus dem Dienst geklagt. Die Polizeidirektion Hannover hatte ein hundertseitiges Dokument über F.s Radikalisierung zusammengestellt. Dazu gehörten die Verbreitung von Verschwörungserzählungen über geheime Militäreinsätze und den „Great Reset“, wonach eine globale Finanzelite im Zuge der Corona-Pandemie eine neue Weltwirtschaftsordnung herstellen wollte, und auch das der antisemitischen Ritualmordlegende entspringende QAnon-Narrativ, wonach Kinder entführt würden, um aus ihrem Blut den Stoff „Adrenochrom“ zu gewinnen, sowie seine Zugehörigkeit zur Reichsbürgerzene. Interner Link: Am 7. Dezember 2022, bereits nach seiner Suspendierung, wurde Michael F. schließlich im Rahmen der Ermittlungen gegen die Reichsbürgergruppe „Patriotische Union“ um Heinrich XIII. Prinz Reuß festgenommen (Brandt 2024). Es wurde Anklage gegen ihn wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung erhoben. Seine Festnahme habe „von Irritationen bis hin auch zu ernsthaften Sorgen innerhalb der jüdischen Community“ geführt, betont Seidler (Gerczikow 2023, S.173). Wichtig sei ihr in dem Kontext zu erwähnen, dass es inzwischen eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei gebe.

Gleichermaßen hat sich die Situation für viele Jüdinnen und Juden seit den Massakern und der systematisch verübten sexuellen Gewalt der palästinensisch-islamistischen Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 noch einmal verschärft. Es herrscht eine abstrakte Bedrohungslage, was bedeutet, dass jederzeit Angriffe auf Jüdinnen und Juden sowie jüdische Einrichtungen stattfinden könnten.



Mehr als 571 Disziplinarverfahren oder Ermittlungen gegen Polizeibeamtinnen und -beamte mit mutmaßlicher Nähe zur extremen Rechten oder Verschwörungsideologien (Symbolbild); Foto: HGVorndran

Deshalb hat die Abhängigkeit von Sicherheitsorganen des Staates noch einmal zugenommen. Die gesteigerte Vulnerabilität jüdischer Communities und das Bedürfnis nach Sicherheit hat die Hoffnungen auf den Schutz durch die Polizei verstärkt. Dafür hat der Staat zum Teil wichtige Schritte unternommen, um jüdische Communities zu schützen. Insbesondere die (Zusammen-)Arbeit von Nachrichtendiensten hat dazu geführt, antisemitische Anschläge (unter anderem organisiert und finanziert vom iranischen Regime) zu verhindern (Euronews 2025). Auch die Präsenz der Polizei vor jüdischen Einrichtungen wurde weiter erhöht. Dabei zeigte sich aber auch eine Schwachstelle, die als direkte Folge stereotyper Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden begriffen werden kann: Während der Schutz für jüdische Communities und israelische diplomatische Vertretungen hochgeschraubt wurde, blieben israelische Communities ungeschützt.

Verrohte Individuen?

Antisemitismus in den Sozialen Medien

Soziale Medien sind zur Hauptbühne antisemitischer Beleidigungen, Verhöhnungen und Hassbotschaften geworden. Die Grenzen des Sagbaren werden hier schon lange nicht mehr nur ausgelotet, sondern immer wieder massiv überschritten. Die Journalisten Patrick Stegemann und Sören Musyal hielten die Strategie der sogenannten „Neuen Rechten“ 2020 fest: „Verrohte Kommunikation produziert verrohte Individuen. Daran arbeitet die Neue Rechte online: an einer Auflösung des gesellschaftlichen Konsens darüber, was in freiheitlichen Demokratien akzeptabel ist“ (Stegemann/Musyal 2020, S. 279). Für Shoah-Überlebende und ihre Nachkommen ist derlei „verrohte Kommunikation“ eine fortgesetzte Kränkung. Sie bedeutet, dass ihre Erfahrungen, ihr Leid und ihre Erzählungen entwertet werden.

Bei extrem rechter Meme-Culture – wie sie eben auch in den polizeiinternen Chatgruppen zu beobachten war – handelt es sich um einen Kommunikationsstil, der mit kaltem Kalkül darauf abzielt, nationalsozialistische Täterschaft zu relativieren und den Überlebenden und ihren Nachfahren ein zweites Mal Gewalt anzutun.

Internet-Trolling und Meme-Culture tragen auch zu einer Grenzverwischung zwischen Ernst und Satire bei. Diese mitunter neue Form einer digitalen extremen Rechten setzt sich überwiegend aus sehr jungen und teils gewaltaffinen Menschen zusammen. Auf ihren Accounts finden sich neben einer martialischen Selbstinszenierung auch Memes, Parolen, Gesten oder Zeichen mit Bezügen zur extremen Rechten. Indem zum Beispiel antisemitische Narrative in ironische oder popkulturell codierte Formen verpackt werden, bewegen sie sich im Bereich von Chiffren, Dog-Whistling [4] und Umwegkommunikation und entziehen sich somit dem unmittelbaren Zugriff der juristischen Sanktionierung. Darauf angesprochen wird behauptet, dass es „nur Spaß“ gewesen sei. So entziehen sie sich der Verantwortung. Genau deshalb erreichen diese Inhalte ihre Wirkung in der postnazistischen Gesellschaft – gerade bei jungen ‚digital natives‘ ist das kaum zu unterschätzen.

Wer den Holocaust bagatellisiert, sei es durch Memes, Witze oder vermeintlich „ironische“ Posts, greift nicht nur die historische Wahrheit an. Es werden diejenigen angegriffen, die direkt oder als Nachfahren davon betroffen sind. Der Spott ist Ausdruck des Versuches, die Verantwortung für die Vergangenheit, für die man zwar im individuellen Sinne keine Schuld trägt, aber zu der man als Mensch verpflichtet ist, abzuwehren.

Keine passiven Opfer – der Kampf gegen Antisemitismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die Frage, wie mit der zunehmenden Bedrohung durch die extreme Rechte und den (digitalen) Offensiven gegen die Erinnerungskultur umzugehen ist, lässt sich nicht nur juristisch beantworten. Die Antwort muss auch ethische, bildungspolitische, kulturelle und menschliche Aspekte beinhalten. Gedenkarbeit und Erinnerung sind nicht neutral, sie erfordern Haltung. Das verlangt nicht nur nach Wissen, sondern auch nach Empathie. Und sie bleibt schlussendlich leer, wenn sie sich nicht an der Würde der Überlebenden und ihrer Nachfahren orientiert. Wer heute von einem „Schlusstrich“ spricht, verkennt nicht nur die historische Verantwortung, sondern verletzt die (Über-)Lebenden.

Nach den Correctiv-Recherchen zum „Geheimplan gegen Deutschland“ [5] in Potsdam haben Jüdische Gemeinden und Organisationen in ganz Deutschland – unter anderem in Frankfurt und München – wiederholt zu Demonstrationen gegen rechts aufgerufen. Sie taten dies nicht nur aus Sorge um die eigene Sicherheit, sondern im Bewusstsein, dass vom Rechtsextremismus immer eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft ausgeht. So antwortete Marc Grünbaum, der Co-Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main im FAZ-Interview auf die Frage, ob die größte Gefahr für unsere Demokratie der Rechtsextremismus und die AfD seien, aus jüdischer Sicht mit:

„Ja. Aber an erster Stelle würde ich das als Deutscher sagen, als Frankfurter, als Mensch, der hier lebt – und ausdrücklich nur an zweiter Stelle als Jude. Natürlich sitze ich als Jude in einem ganz dünnen Kokon, natürlich zähle ich zu denen, die als Erste angegriffen werden. Doch es geht in dieser Frage um mehr, es geht um das demokratische System. Es geht um Rechtsstaatsprinzipien, um die Einhaltung von Grundrechten. Das trifft uns als Deutsche insgesamt“ (Marc Grünbaum, zit. n. Alexander Jürgs 2025).

Die Aufrufe jüdischer Gemeinden, sich aktiv gegen die Bedrohung durch den zunehmenden Rechtsextremismus zu stellen, sind damit mehr als nur Warnungen einer bedrohten Minderheit. Sie sind ein Appell, die Demokratie zu verteidigen.

Anmerkungen

- 1 38,1 Prozent der Befragten „forderten einen ‚Schlusstrich‘ unter die NS-Zeit, ähnlich viele (37,2 Prozent) lehnten dies ab, waren damit aber zahlenmäßig zum ersten Mal seit Beginn der MEMO-Studienreihe in der Minderheit“, wie es in der Studie heißt (Stiftung EVZ 2025: S. 58).



- 2 Der Soziologe Michael Höttemann spricht davon, dass Antisemitinnen und Antisemiten glauben, dass „die Kritik und Erinnerung des Antisemitismus [...] auf nationale Schwächung durch ‚Schuld kult‘ [abziele], und ‚den Juden‘ [...] im Zuge einer Holocaustleugnung der Missbrauch ihres Opferstatus zu dubiosen Zwecken (‚Einfluss‘, ‚Macht‘, ‚Geld‘) vorgeworfen“ werde.
- 3 Den Begriff Jüdischkeit verwenden wir angelehnt an den Literaturwissenschaftler Caspar Battegay, der nicht nur „den religiösen Gehalt des Jüdisch-Seins, [sondern] [...] vielmehr [auch] den kulturellen, sinnlichen und emotionalen Aspekt von jüdischer Identität“ umfasst (Battegay 2006).
- 4 Dog-Whistling ist der Begriff für eine Kommunikationsform, bei der Aussagen bewusst so formuliert und benutzt werden, dass sie nur von einer bestimmten Zielgruppe erkannt werden.
- 5 Im November 2023 trafen sich in Potsdam AfD-Politikerinnen und -Politiker, Neonazis, Mitglieder der Werte-Union sowie Unternehmerinnen und Unternehmer, um sich unter anderem

über die „Remigration“ von Migrantinnen und Migranten auszutauschen. Das Medienhaus „Correctiv“ berichtete im Januar 2024 darüber. In der Folge war es zu bundesweiten Großdemonstrationen gekommen, die sich gegen solche „Geheimpläne“ und Deportationen wandten.

Ruben Gerczikow ist Autor und Publizist. Er recherchiert zu antisemitischen Strukturen im analogen und digitalen Raum. Monty Ott ist Politik- und Religionswissenschaftler sowie politischer Schriftsteller.

Der Beitrag unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 einschließlich der Nachweise für die zitierten Quellen findet sich hier

<https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/infopool-rechtsextremismus/575145/nicht-nur-von-rechtsextremen-antisemitismus-als-zunehmende-gefahr-fuer-juedische-communities/>